Unser Gastautor, einer der erfahrensten Experten zur Ökonomie der israelischen Besatzung, meint: Nein – und liefert in seinem Artikel einen Überblick über die vielen Aktivitäten, die europa- und weltweit seit dem „Waffenstillstand“ (in Anführungszeichen, da die Waffen seitdem keineswegs stillstehen) erfolgt sind, und kritisiert die deutsche Verstrickung. Ein Artikel von **Shir Hever**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251124-Schwaecht-Waffenstillstand-palaestinasolidarische-Bewegung-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Der von Donald Trump verhängte Waffenstillstand in Gaza wurde mehrfach von Israel verletzt, das seit dem Tag der Verhängung des Waffenstillstands am 10. Oktober 2025 bis weit in den November hinein weiterhin Palästinenser in Gaza tötete. Am 19. und 20. November tötete Israel 33 Menschen in Gaza, davon 20 Frauen und Kinder. Das israelische Militär musste lediglich behaupten, die Bombardierung sei eine „Reaktion auf einen Verstoß der Hamas gegen den Waffenstillstand“ gewesen und die Hamas habe israelische Soldaten angegriffen, obwohl niemand verletzt worden war.

Die deutsche Regierung handelt unaufrichtig

Der Waffenstillstand wurde dennoch von der deutschen Regierung gelobt. Sie kündigte umgehend an, dass sie den Export von Waffen nach Israel wieder aufnehmen werde, obwohl die deutschen Waffenexporte nach Israel nie wirklich eingestellt worden waren. Die Erklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz vom 8. August bezog sich nur auf Waffen, die in Gaza eingesetzt werden, und nur auf zukünftige Verträge, während bestehende Verträge über Waffenlieferungen – selbst solche, die offen in Gaza eingesetzt werden – nicht ausgesetzt wurden. Indem sie den Waffenstillstand in Gaza als Grund für die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Israel anführt, ignoriert die deutsche Regierung das Gutachten des IGH vom 24. Juli 2024, in dem die israelische Besatzung insgesamt für illegal erklärt und Drittstaaten aufgefordert wurden, ihre Unterstützung dafür einzustellen. Deutsche Waffen werden weiterhin von israelischen Soldaten eingesetzt, um Palästinenser in Gaza und im Westjordanland zu töten.

Die Logik der deutschen Regierung ist ein typischer Akt von Unaufrichtigkeit (auf Französisch „mauvaise foi“, ein Begriff, der von Sartre geprägt wurde). Eine

Unaufrichtigkeit ist ein absichtliches Missverstehen eines Textes, eine Verzerrung der Absicht hinter dem Text, um die eigenen Interessen zu fördern. Wenn ein Demonstrant oder eine Demonstrantin in Deutschland eine Anzeige erhält, weil er oder sie bei einer Demonstration „from the river to the sea, Palestine will be free“ gerufen hat, handeln die deutschen Behörden unaufrichtig, wenn sie den Ruf so interpretieren, als ob er „frei von Juden“ bedeuten würde. Auf die gleiche Weise interpretiert die deutsche Regierung den Waffenstillstand so, als ob dadurch ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Verhinderung von Völkermord und Kriegsverbrechen ausgesetzt wären.

Weltweit finden weiterhin Demonstrationen statt

Außerhalb Deutschlands wird diese unaufrichtige Interpretation jedoch nicht so allgemein akzeptiert. Die Solidarität mit Palästina endete nicht mit dem Waffenstillstand:

Weltweit finden weiterhin Demonstrationen statt, um gegen Israels Verstöße gegen den Waffenstillstand und die Komplizenschaft von Regierungen bei Israels Verbrechen zu protestieren. Am 24. Oktober fand in Rom eine massive Demonstration aus Solidarität mit Palästina und gegen den Völkermord statt. Am 27. Oktober störten Demonstranten aus Solidarität mit Palästina eine Veranstaltung der BBC, bei der der Generaldirektor der BBC sprach, wegen der pro-israelischen Voreingenommenheit der BBC. Die für ihre rassistischen Fans bekannte israelische Fußballmannschaft Maccabi Tel Aviv durfte am 6. November in Großbritannien spielen und wurde mit einer Massendemonstration konfrontiert. Am 11. November versammelten sich Demonstranten in Belém, um gegen den Cop30-Klimagipfel zu protestieren – eine intersektionale Demonstration indigener Völker, darunter auch Palästinenser. Am 19. November versammelten sich Demonstranten in Großbritannien, um gegen den Prozess gegen Aktivisten von Palestine Action zu protestieren, die wegen Störung und Vandalismus in Fabriken von Elbit Systems vor Gericht stehen. Der 22. November war ein globaler Aktionstag zum Boykott von Chevron, dem Energieunternehmen, das das Offshore-Erdgas vor Israel fördert und Israels Kriegsmaschinerie mit Treibstoff versorgt. Der 29. November, der 78. Jahrestag des UN-Teilungsplans, der die Gründung zweier Staaten in Palästina vorsah, wurde als Datum für weltweite Proteste für Palästina gewählt. Der 29. November wird von den Vereinten Nationen als internationaler Tag der Solidarität mit Palästina begangen.

Am 20. Oktober veröffentlichte die UNO einen Sonderbericht über den anhaltenden Völkermord in Gaza und die Verletzung der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Bericht wurde von der Sonderberichterstatterin der UNO für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, verfasst. Am 31. Oktober veröffentlichten Amnesty International und Human Rights Watch einen Artikel über die

Menschenrechte der Palästinenser, der gemeinsam von der Generalsekretärin von Amnesty International, Agnes Callamard, und dem Geschäftsführer von Human Rights Watch, Federico Borello, verfasst wurde. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlichte am 16. Oktober 2025 eine scharfe Verurteilung des israelischen Angriffs auf palästinensische Gewerkschaften.

Studierende und Lehrkräfte organisieren weiterhin Proteste und Diskussionen über Israels Völkermord in Gaza in akademischen Räumen und lassen sich durch den Waffenstillstand nicht zum Schweigen bringen. An der NYU in New York organisierten Studierende und Lehrkräfte wie jede Woche eine Mahnwache für Palästina. Am 20. November luden sie Aktivisten der Freedom Flotilla ein, daran teilzunehmen. Am Graduate Institute in Genf organisierten Doktoranden am 12. November eine Konferenz über die wirtschaftlichen Aspekte des Völkermords. Das Collège de France in Paris organisierte ein dreitägiges kritisches Kolloquium zum Thema „Palästina und Europa“ mit weltbekannten Referenten, darunter der ehemalige Hohe Vertreter der Europäischen Kommission Josep Borrell, der ehemalige französische Premierminister Dominique de Villepin, die Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete Francesca Albanese und das ehemalige Mitglied der israelischen Knesset Prof. Azmi Bishara. Der französische Bildungsminister versuchte unter dem Druck der israelischen Lobby in Frankreich, die Veranstaltung zu verbieten, doch die Medien reagierten mit Empörung über die Unterdrückung der akademischen Freiheit.

Italiens Arbeiter mit inspirierender Aktion

Eine der inspirierendsten Aktionen der letzten Tage ist eine umfassende Petition gegen Waffenlieferungen der Beschäftigten des italienischen Rüstungsunternehmens Leonardo. Auf den deutschen Korvetten, die seit Beginn des Völkermords zur Bombardierung des Gazastreifens eingesetzt werden, sind 76-mm-Kanonen von Leonardo montiert. Während deutsche Rüstungsunternehmen konsequent schweigen, wenn ihre Waffen für Völkermord eingesetzt werden, haben sich die Beschäftigten von Leonardo in Italien durch den UN-Bericht über die Ökonomie des Völkermords davon überzeugen lassen, eine Petition zu starten und sich zu organisieren, um den Waffenlieferungen nach Israel Einhalt zu gebieten.

Nachdem der UN-Sicherheitsrat den Plan von Donald Trump unterstützt hatte, ausländische Truppen zur Verwaltung des Gazastreifens einzusetzen, stieß diese Entscheidung auf breite Kritik seitens ehemaliger UN-Beamter wie Craig Mokhiber und auf eine offizielle Distanzierung Chinas, das sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten hatte.

BDS lebt

Die Boykottbewegung gegen Israel, BDS, wächst weiter, insbesondere im Hinblick auf den kulturellen Boykott. Selbst die Boykottaufrufe auf der Frankfurter Buchmesse und die alternative Buchmesse, die Palästina gewidmet war, haben es in die israelischen Medien geschafft. Die Israelis zeigten sich überrascht, dass es trotz des Waffenstillstands, der in den israelischen Medien als „Ende des Krieges“ dargestellt wird, immer noch Künstler gibt, die sich dem Boykott gegen Israel anschließen, wie beispielsweise die Musikgruppe Massive Attack. Orly Noy, die Vorsitzende von *B’tselem*, schrieb einen Artikel auf Hebräisch mit dem Titel „Warum boykottieren sie uns weiterhin? Weil wir Völkermord begangen haben.“ Die israelischen Mainstream-Medien äußern die Erwartung, dass die Welt weitermachen und vergessen wird, was Israel getan hat (wie es die deutsche Regierung zu tun versucht), aber ihre Empörung über den wachsenden Boykott ist auch ein Eingeständnis, dass die Boykottbewegung gegen Israel weiter an Dynamik gewinnt, weil die Welt die Gräueltaten Israels nicht vergessen hat.

Unterdrückung durch Technologie

Daraus ergeben sich die Fragen, warum einige Regierungen über den Waffenstillstand erfreut sind und Israel schnell wieder unterstützen, als wäre der Völkermord beendet oder genauer gesagt, als ob der Völkermord nie stattgefunden hätte, und warum Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt den Druck weiter erhöhen, Israel zu boykottieren, zu desinvestieren und zu sanktionieren. Der Waffenstillstand hat nur wenig verändert, außer dass er einen Vorwand liefert. Der Grund für den Krieg in Gaza ist ein weltweit umstrittenes Thema, das sogar noch größere Ausmaße hat als der Krieg in der Ukraine, denn es handelt sich um einen Krieg um die Idee der Unterdrückung durch Technologie.

Israel regiert Palästina durch Massenüberwachung und hat zum ersten Mal in der Geschichte künstliche Intelligenz als Kriegswaffe eingesetzt. Die israelischen Rüstungsunternehmen, die ihre Waffen als „kampferprobt“ vermarkten, weil sie tatsächlich an Palästinenserinnen und Palästinensern getestet werden, erfreuen sich einer hohen Nachfrage unter den schlimmsten autoritären Regimen der Welt. Israels Botschaft an die Welt lautet, dass Unterdrückung durch Technologie Apartheid nachhaltig macht und dass eine kleine Gruppe von Menschen eine große Bevölkerung auf unbestimmte Zeit unterdrücken kann. Wenn sich das Volk erhebt, wird es massakriert und sogar einem Völkermord ausgesetzt. Es geht in diesem Krieg also nicht nur um Gaza, sondern um die ganze Welt. Wenn Israel zum Status quo der Besatzung und Apartheid zurückkehren kann, der vor dem Völkermord bestand, werden autoritäre Regime auf der ganzen Welt wissen, dass Technologie die Demokratie besiegen kann. Die Auswirkungen werden nicht in Palästina enden. Umgekehrt gilt: Wenn es den Palästinensern gelingt, sich von der Unterdrückung durch Israel zu befreien, wird dies den unterdrückten Menschen auf der

ganzen Welt Hoffnung geben.

Wenn wir uns die Politik der deutschen Regierung ansehen, stellen wir fest, dass diese, obwohl die Mehrheit der Deutschen Waffenlieferungen an Israel ablehnt, das Völkerrecht ignoriert und sich sogar dem Vorwurf der Mittäterschaft am Völkermord Israels durch den IGH aussetzt, um Waffen nach Israel zu liefern. Als Rechtfertigung für diese Politik wird die „Staatsräson“ Deutschlands angeführt, doch dies ist meiner Meinung nach nur eine ideologische Tarnung für die Interessen einer Regierung, die mehr Macht über ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger haben will. Die deutsche Regierung scheint bestrebt, dieselben Überwachungs- und Kontrollbefugnisse über deutsche Bürgerinnen und Bürger zu erlangen wie die, die Israel über die palästinensische Bevölkerung ausübt. Selbst nachdem Amnesty International, Forbidden Stories und Forensic Architecture aufgedeckt hatten, wie israelische Spionagesoftware zur Verletzung von Menschenrechten und sogar zur Erleichterung von Morden eingesetzt wurde, kaufte das deutsche BKA das Spionageprogramm Pegasus von der israelischen Firma NSO Group. Trotz der enormen Gefahren für die bürgerlichen Freiheiten setzt die Polizei von Baden-Württemberg Spionagetools von Palantir gegen Zivilisten in Deutschland ein, so wie Israel dies in Gaza tut. Die deutsche Polizei lernt „Anti-Terror“-Techniken von der israelischen Polizei, und erst vorletzte Woche entsandte Deutschland Delegierte zu einem internationalen Seminar, das vom israelischen Militär organisiert wurde, um ausländischen Armeen „Lehren aus dem Krieg“ zu vermitteln.

Die Schlussfolgerung lautet, dass Deutschland Israel nicht nur bewaffnet, um Krieg gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser zu führen, sondern auch, um Krieg gegen Demokratie und Bürgerrechte zu führen. Israels Völkermord, Apartheid und Besatzung werden von der ganzen Welt verstanden. Die Solidarität mit Palästina hat mit dem Waffenstillstand nicht aufgehört. Werden die Deutschen weiterhin die Augen verschließen?

Mehr zum Thema:

Und sie bewegt sich doch: Kippt die deutsche „Staatsraison“ in Bezug auf Israel jetzt?

„Deutsche Unterstützung für Israel ein ‚rechtlicher und moralischer Fehler‘ – Rechts- und Ethikprofessorin Janina Dill“

Fazit der UN-Untersuchungskommission zu Gaza: „Israel begeht Genozid am

palästinensischen Volk“

Titelbild: Studentendemonstration gegen den Völkermord, Turin, Italien am 14. November 2025. Michele Vacchiano / shutterstock.com